

Rechnungshof bestätigt NÖ Bauernbundlinie zur Sicherung der Lebensmittelversorgung

Ein kürzlich veröffentlichter Bericht des Rechnungshofs zur Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln unterstützt die Bemühungen des NÖ Bauernbundes, die Sicherheit der Lebensmittelversorgung zu gewährleisten. Der Rechnungshof fordert eine Analyse und Bewertung der Auswirkungen potenzieller Krisenszenarien auf die Lebensmittelversorgung. Eine Umfrage des Instituts für Demoskopie und Datenanalyse zeigt zudem eine breite Zustimmung der Bevölkerung zur Forderung nach mehr Maßnahmen zur Sicherung der Versorgungssicherheit.



Der aktuelle Bericht des Rechnungshofes bestätigt die Forderungen von NÖ Bauernbundobmann LH-Stv. Stephan Pernkopf und NÖ Bauernbunddirektor Paul Nemecek. (©NÖ Bauernbund)

Ein neuer Rechnungshofbericht zur Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln, der Ende Juni 2023 erschien, bestätigt nun die

Bestrebungen des NÖ Bauernbundes zur Wahrung der Versorgungssicherheit. So fordert der Rechnungshof eine „Verpflichtung, die Auswirkungen allfälliger Krisenszenarien auf die Lebensmittelversorgung zu analysieren und zu bewerten“.

Das lesen Sie in diesem Artikel

- **Hohe Zustimmung der Bevölkerung zur Stärkung der Versorgungssicherheit**
- **Risiken durch verstärkte internationale Handelsströme und Importabhängigkeiten**
- **Forderung nach Stopp der Verhandlungen beim MERCOSUR-Abkommen**

Hohe Zustimmung der Bevölkerung zur Stärkung der Versorgungssicherheit

„Wir müssen die Lehren aus den Krisen der Vergangenheit ziehen, diesen gesellschaftlichen Diskurs haben wir mit unserer Versorgungssicherheitskampagne aus dem Jahr 2020 angestoßen und es ist eine Bestätigung unserer Arbeit, dass sich nun auch der Rechnungshof der Forderung nach einem Versorgungssicherheitscheck anschließt“, so NÖ Bauernbundobmann LH-Stv. Stephan Pernkopf und NÖ Bauernbunddirektor Paul Nemecek in einer ersten Reaktion zum RH-Bericht.

Rückenwind in dieser Frage erhält der Bauernbund auch in einer IFDD-Umfrage (Institut für Demoskopie und Datenanalyse), so fordern 91 Prozent der Befragten, dass die Politik mehr für die Versorgungssicherheit tut und 81 Prozent unterstützen die Forderung des Versorgungssicherheitscheck bei neuen Gesetzen.

Risiken durch verstärkte internationale

Handelsströme und Importabhängigkeiten

Große Risiken für die Versorgungssicherheit sieht der Rechnungshof auch in den verstärkten internationalen Handelsströmen und bei Abhängigkeiten bei bestimmten Importwaren. „Das geplante MERCOSUR-Abkommen droht den europäischen und österreichischen Markt mit Rindfleisch und Zucker aus Zuckerrohr zu überschwemmen. Auf brandgerodeten Plantagen im ehemaligen Regenwald wird zu deutlich niedrigeren Standards produziert.

Dieses Freihandelsabkommen aus dem vorigen Jahrhundert ist brandgefährlich für den Regenwald, für die Existenz der Bäuerinnen und Bauern, für die Versorgungssicherheit und nicht zuletzt für den globalen Klima- und Umweltschutz“, so Nemecek zum umstrittenen Abkommen, dessen Verhandlungen zwischen den MERCOSUR-Staaten und der EU bereits seit 1995 laufen.

Auch die Abhängigkeiten von Importen waren ein Thema in der IFDD-Umfrage, dort teilen 67 Prozent der Befragten die Befürchtung, dass diese Abhängigkeiten in den kommenden Jahren noch größer und stärker werden, von diesen 67 Prozent lehnen 94 Prozent diese Entwicklung ab und sehen diese negativ.

Forderung nach Stopp der Verhandlungen beim MERCOSUR-Abkommen

„Als NÖ Bauernbund fordern wir hier ganz klar im Interesse der heimischen Bäuerinnen und Bauern, aber auch im Namen aller Konsumentinnen und Konsumenten einen unwiderruflichen Stopp für die Verhandlungen beim MERCOSUR-Abkommen“, so Pernkopf und Nemecek abschließend.

Besuchen Sie uns auf: fleischundco.at